

Maßnahme

Organ der Kommunistischen Linksoption

Zu beziehen durch
Hans Thoma, Wien, II., Novaragasse 24
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN — GRAZ
Nr. 13 Juli 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tägig. — Preis bei Arbeitslosenzentralstellen und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S — 90

Die Militrdictatur Schleicher-Papen und die Aufgaben der deutschen Arbeiterklasse

I. Der „kleine“ Staatsstreich als Geburtshelfer der Militrdictatur.

Der Reichspräsident von Hindenburg hat am 29. Mai die Regierung Bräuning gestürzt und sie durch die Militrdictatur Schleicher ersetzt, der zu repräsentativen Zwecken der Junker v. Papen als Reichskanzler angehört. Die Militrdictatur hat den Reichstag, der wenige Tage früher der Regierung Bräuning das Vertrauen ausgesprochen hatte, aufgelöst und nach langem Zögern Wahlen für den 31. Juli ausgeschrieben. Gleichzeitig hat der faktische Chef der Regierung, General Schleicher, hohnvoll versichert, die Militrdictatur beabsichtige, zwei bis vier Jahre im Amt zu bleiben. Gewiß: die Militrdictatur hat keine parlamentarische Mehrheit und sie wird sie kaum, trotz der geplanten Terrorwahlen, am 1. August haben. Aber die Militrdictatur macht sich darüber keine Sorgen. An ihrer Wiege stand der kleine Staatsstreich, durch den sie zur Macht kam: — denn selbst der Artikel 48 der Verfassung gibt dem Reichspräsidenten nicht die Möglichkeit, eine Regierung einzusetzen, die von Anfang an gegen jede überhaupt mögliche parlamentarische Mehrheitskombination gebildet wurde und die es daher vorzuziehen, überhaupt nicht mehr vor dem Reichstag zu erscheinen — und der Staatsstreich wird als Regierungsmethode diese Regierung solange begleiten, bis sie selbst durch den Staatsstreich fllt: beiseitegeschoben durch den Faschismus, der sie jetzt toleriert, und dessen immer stärker wachsende Ansprüche sie jetzt erfüllen muß. Vorausgesetzt, daß die Arbeiterklasse nicht dieser Entwicklung ihre eigene Klassenkraft entgegenwirft.

II. Hindenburg — Bräuning — Löbe.

Ermöglicht wurde dieser Staatsstreich durch die jammervolle Kapitulation der letzten Würdenträger der bürgerlichen Demokratie und des verendenden parlamentarischen Systems, durch die Regierung Bräuning und die deutsche Sozialdemokratie. Wir meinen hier nicht, daß die Regierung Bräuning, die seit dem 18. Juli 1930 in Deutschland das Diktatorssystem eingeführt hat, dieser Entwicklung den Weg gebahnt hat und daß die SPD, die diese Regierung und ihr System unterstützte und verteidigte und Herrn Hindenburg in den Sattel hob, für diese Entwicklung die volle Verantwortung trägt. Darüber braucht heute unter revolutionären Arbeitern kein Wort verloren zu werden.

Wir meinen die jammervolle Art, wie die Regierung Bräuning, die Regierung einer parlamentarischen Mehrheit, sich vom Reichspräsidenten entlassen ließ und wie der Reichspräsident Löbe, einer der sogenannten „Linken“ in der SPD, seinen Reichstag ruhig nach Hause schicken ließ, ohne auch nur den bescheidensten parlamentarischen Versuch zu machen, dem Staatsstreich dadurch Widerstand zu leisten, daß er den Reichstag einberief.

SPD und Zentrum, die die parlamentarischen Schlüsselstellungen in der Hand hielten, fürchteten aber mehr als den Staatsstreich und den Wechselbalg, den er in die Welt setzte, die Alarmierung der Arbeiterklasse durch das Schauspiel, daß sich das Staatsregime und der Reichstag in offener, parlamentarischer Opposition gegenüber stehen. Sie fürchteten, daß jedes scharfe Wort, im Reichstag gesprochen, draußen in den Arbeiterbezirken die Massen auf den Plan rufen könnte. Das zeigt nicht nur die ganze Jmmerlichkeit, sondern auch die ganze innere Hohlheit dieser „demokratischen Opposition“, die jetzt in der Presse mit papierernen Kugeln die Militrdictatur beschießt.

III. Das Proletariat und seine Partei angesichts der neuen Situation.

Die Bildung der Regierung Schleicher-Papen war also kein gewöhnlicher Regierungswechsel, sondern sie leitet einen neuen Abschnitt in der Geschichte des deutschen Klassenkampfes ein: die Militrdictatur der Junker stellt den Versuch dar, das Kräftegleichgewicht zwischen Proletariat und Faschismus auszunützen, um, gestützt auf den Faschismus, die Herrschaft der Reichswehr und der Grundbesitzer

aufzurichten. Gewiß ist die Schwerindustrie mitten in dieser edlen Kampanei, aber nicht sie gibt den Ton an, nicht sie kommandiert, sondern es sind die Junker, die die erste Geige spielen, deren Interessen die Priorität haben.

Die Regierung Bräuning war eine nichtparlamentarische Regierung, denn sie regierte ohne den Reichstag — aber sie tat dies, mit Zustimmung des Reichstages, der sich selbst entmannte. Die Militrdictatur Schleicher-Papen ist eine antiparlamentarische Regierung, was sie selbst offen in ihrer Proklamation bekennt.

Der Staatsstreich, durch den dieser Uebergang erfolgte, er mußte von einer wirklich revolutionären Partei ausgenützt werden, um die Massen sofort zu einer Aktion aufzurufen. Am 30. und 31. Mai war es für jeden klar, was gespielt wird. Die Arbeiterklasse wartete auf Parolen, auf ihre politische Führung, auf die revolutionäre Partei, die KPD.

Aber unsere Partei schlief; mit mhnender Stimme erinnerte die „Rote Fahne“ die Arbeiterklasse daran, daß sie das Mittel des politischen Massenstreiks nicht vergesse, und dann — dann wartete die Partei, was geschehen werde. Und es geschah — nichts. Um selbständig die Arbeiterklasse in den Kampf zu führen, dazu fehlten der Partei die Möglichkeiten. Zum politischen Massenstreik gehören die Arbeiter in den Betrieben. Um die Arbeiter in den Betrieben führen zu können, muß man Einfluß in den Gewerkschaften haben, denn daß man mit der RGO keine Kämpfe führen kann, das hat sich allmählich in Deutschland schon so herumgesprochen, daß sogar das Polbro des ZK der KPD davon gehört haben wird.

Bleibe also nur eine einzige Möglichkeit für eine politische Führung, die kämpfen will: an alle Arbeiterorganisationen, insbesondere die Gewerkschaften, heranzutreten, ihnen den furchtbaren Ernst der Lage vor Augen zu führen und mit aller Kraft zu versuchen, gemeinsame Massenaktionen auszulösen: Proteststreiks, Demonstrationen. Aber bekanntlich ist es revolutionärer, sich abwartend hinzustellen und über den Verrat der SPD und des ADGB zu deklamieren, die keine Aktionen unternehmen, als zu versuchen, selbst die Initiative zu gemeinsamen Kampfkaktionen zu ergreifen.

IV. Wohin steuert die Militrdictatur?

Die Militrdictatur hat auf ein eigenes Programm verzichtet und in ihrer Proklamation aufgefördert, sie nach ihren Taten zu beurteilen. Wie man sieht, besitzen die Junkers und die Generale eine geradezu beißende Ironie.

Aber wenn die Militrdictatur auch kein geschriebenes Programm vorlegt, so besitzt sie dafür ein um so konkreteres ungeschriebenes. Es läßt sich auf folgende Punkte reduzieren: Kein Opfer ist zu groß, um dem deutschen Volke seinen traditionellen Grundbesitz zu erhalten. Zwar sind die Junker mit ihren Roggenbden völlig bankrott und können mit keinem Mittel der Staatskass zum wirtschaftlichen Florieren gebracht werden; eben deshalb muß man sie eben subventionieren, subventionieren und nochmals subventionieren.

Wenn die Junkers Milliarden brauchen, dann ist es natürlich unerträglich, noch weitere Millionen in die Arbeitslosenversicherung zu stecken. Daher ist ihre Beseitigung ein Hauptprogramm der neuen Regierung.

berhaupt: die ganze Richtung seit dem 12. November 1918 muß endgültig liquidiert werden, weg mit dem allgemeinen Wahrecht, weg mit jeder noch so bescheidenen Sozialpolitik, weg mit dem Koalitionsrecht, weg mit dem ganzen „revolutionären Schutt“.

Um diesen konterrevolutionären Weg zu gehen, muß sich die Militrdictatur auf eine starke außerparlamentarische Basis stützen. Sie gerät dadurch in fast völlige Abhängigkeit vom Faschismus, da ihr selbst das Zentrum, das auf seine großen Arbeitermassen Rücksicht nehmen muß, die Gefolgschaft, ja selbst wohlwollende Neutralität versagt. Diese Unterstützung der NSDAP ist nicht billig und sie wird um so teurer werden, je mehr diese Abhängigkeit wächst. Augenblicklich muß sich Hindenburg zur Aufhebung des SA-Verbotes verstehen, obgleich ihm wie der ganzen Militrdictatur die ganze Privatarmee Hitlers alles eher als angenehm ist.

Außenpolitisch wird die Regierung den Spuren des kllindustriellen Arnold Rechbergs gehen, denen Papen seit je gefolgt ist, und die Annäherung an Frankreich auf der Basis der militärischen Unterordnung Deutschlands unter das Kommando des französischen Imperialismus anstreben, ein Militrbndnis, das seine Spitze in erster Linie gegen die Sowjetunion, in zweiter Linie aber auch gegen die Vereinigten Staaten richtet. Papen, der ehemalige Militrattach in Washington, ist in dieser Hinsicht ein Programm. Die großen „Staatsmänner“ aus Ostelbien meinen wohl: zunächst mit französischer Hilfe Krieg führen gegen Sowjetrund und dann die Waffen gegen das Versailler System kehren.

Diese Außenpolitik trägt alle Zeichen des blanken Abenteuerismus whleinischer Schule auf der Stirn; sie ist selbst vom Standpunkt der Notwendigkeiten des deutschen Imperialismus abenteuerlich und trägt alle Keime einer außenpolitischen Katastrophe in sich.

V. Von der Wirtschaftskrise zur Staatskrise.

Es ist keineswegs so, wie der weise Thalheimer schreibt: „... hinter den bankrotten Junkern ... stehen die Inflationsinteressenten, steht das ganze kapitalistische Gesindel ...“ (Gegen den Strom, Nr. 12, 4. VI. 1932.) Die Militrdictatur ist nicht der Ausdruck der geeinten Bourgeoisie, sondern der Hegemonie des Junkertums und seiner Teilinteressen über die Gesamtinteressen des bürgerlichen Deutschlands. Es ist kein Zufall, daß die Blätter des Handels dieser Regierung ablehnend gegenüberstehen. Die Zollpolitik der Junker werden sie sehr bald in verringerten Absatzmärkten zu spüren bekommen. Es ist noch weniger ein Zufall, daß die süddeutschen Länder, Bayern und Württemberg voran, der Regierung drohend gegenüberstehen. Der süddeutsche Mittelbauer rebelliert gegen den ostelbischen Junker und das Neuwachen des Separatismus kündigt die Staatskrise an, in die die Hegemonie der Junker das bürgerliche Deutschland führt.

Nicht eine geeinte reaktionäre Masse steht dem deutschen Proletariat wie ein Wall gegenüber, sondern ein durch scharfe Interessenkonflikte in stärkerer innerer Spannung gehaltener „Interessenhaut“. Jeder Schritt der Militrdictatur wird diese Gegensätze verschärfen und es ist eine wichtige Aufgabe der Arbeiterklasse, diese Verschärfung genau zu verfolgen und durch eine selbständige und aktive Klassenpolitik die arbeitenden und kleinbürgerlichen Massen, die hinter den einzelnen Teilen der raufenden Interessengruppen stehen, seiner Führung unterzuordnen.

VI. Die Dynamik der faschistischen Entwicklung.

Bisher ist der Faschismus in beschleunigtem Tempo weitergewachsen. Er hat bei den Landtagswahlen in Oldenburg und Mecklenburg seine Positionen noch stark vergrößert. Nicht seinem Programm, sondern seiner marktschreierischen, frmenden Opposition gegen die Regierung der Notverordnungen, der Verelendung und der Massensteuern sind die Millionenmassen des Kleinbrgeriums, des Bauerntums und teilweise auch der Erwerbslosen gefolgt.

Nun ist der Faschismus in eine neue Etappe seiner Politik eingetreten. Er unterstützt das erste Mal eine Regierung, und zwar eine Junkerregierung, die an sozialer Reaktion alles bisher Dagewesene in den Schatten stellen wird. Das bedeutet, daß das erste Mal die objektiven Bedingungen für ein Entlarven der Lkairolle des Faschismus gegenüber den reaktionärsten Scharfmachern sehr günstig sind. Eben darum wird der Faschismus gerade jetzt die terroristischen Züge seiner Politik außerordentlich verschärfen müssen, um durch die Methoden des Terrors seine Gegner einzuschüchtern, seinen Anhang mitzureißen und auf diese Weise über die schreienden Widersprüche in seiner Politik hinwegzuleiten zu können. Das bedeutet, daß die speierische Hoffnung darauf, daß sich der Faschismus durch seine Frontstellung für die Militrdictatur entlarven und schwächen wird, trügerisch ist. Nur wenn es gelingt, durch wirkliche Massenaktionen den Terror des Faschismus zu brechen, werden sich die Widersprüche seiner Politik frei entfalten können und zu seiner Schwächung führen.

VII. Terrorwahlen. Was dann?

Die Wahlen des 31. Juli werden daher von der Regierung und ihren faschistischen Bütteln im Zeichen des offenen Terrors gegen die Arbeiterklasse geführt werden. Trotzdem ist es kaum anzunehmen, daß es dem Terror gelingen wird, aus der Minderheit des konterrevolutionären Blocks von der Deutschen Volkspartei bis zu den Nazis eine Mehrheit zu machen. Viel wahrscheinlicher ist es, daß die Parteien der bürgerlichen Demokratie (SPD, Zentrum, Staatspartei) und die Partei der Arbeiterklasse, die KPD, eine Mehrheit gegenüber diesem reaktionären Block darstellen werden. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß die außerordentliche Schärfe dieses Wahlkampfes weitgehend dazu beitragen wird, die arbeitenden Massen, die den Parteien der bürgerlichen Demokratie noch folgen; zu aktivieren, in Bewegung zu setzen. Der faschistische Druck wird den Gegendruck der Arbeiter, auch der reformistischen und christlichen erzeugen.

Am 1. August wird die Militärdiktatur wahrscheinlich einem Reichstag gegenüberstehen, der in seiner Mehrheit gegen sie ist. Was wird sie tun? Es gibt nur zwei Wege: entweder durch ein- oder mehrmalige Auflösung und immer weitere Verschärfung des faschistischen Terrors das Ergebnis des 31. Juli zu „korrigieren“ oder sofort nach dem 31. Juli den „großen“ Staatsstreich zu vollziehen nach dem Vorbild des jugoslawischen Königs Weizsäcker 1926.

Wie aber werden die Massen reagieren, die durch die Terrorwahlen vom 31. Juli aufgeführt werden? Werden sie ruhig zusehen, daß die Militärdiktatur zu den Methoden der offenen Selbstherrschafft übergeht?

Es ist nicht ausgeschlossen, daß den Wahlen vom 31. Juli eine Etappe folgen wird, in der sich ein Kampf zwischen dem Reichstag und der Militärdiktatur entwickeln wird, belibe kein ernsthafter Kampf, aber doch, wenn die Massen, die den Parteien der bürgerlichen Demokratie folgen, in Bewegung geraten, ein Kampf mit parlamentarischen Methoden, der die ganze Klüglichkeit dieser Kampfmethoden gegenüber den Faschisten und der Regierung den Massen mit klassischer Deutlichkeit vor Augen führen müßte und weitgehend zu ihrer Radikalisierung beitragen würde.

VIII. Die neue Situation erfordert eine entsprechende Taktik.

Der Parlamentarismus interessierte die Massen verflucht wenig, solange er darin bestand, daß sich die parlamentarische Mehrheit zugunsten des Artikels 48 freiwillig ent-

mannte. Für dieses Entmanntum konnte die Arbeiterklasse nichts übrig haben. Jetzt besteht die Möglichkeit, daß sich die Situation umkehrt, daß die bürgerliche Demokratie, gestützt darauf, daß sie durch das Proletariat eine parlamentarische Mehrheit der Militärdiktatur entgegenzustellen vermag, sich parlamentarisch zu wehren versucht, wenn die Massen, die ihr folgen, in Bewegung geraten. In einer solchen Situation kann der Parlamentarismus, ehe er dem tödlichen Streiche des Faschismus erliegt — oder durch die Arbeiterklasse aufgehoben wird — für eine kurze Zeit eine gewisse, wenn auch keineswegs selbständige Bedeutung bekommen. Eine solche Situation erfordert von der revolutionären Partei eine elastische Taktik. Sie muß es verstehen, die Verbindung mit den Massen herzustellen, die zwar noch weit entfernt sind, Kommunisten zu sein, die aber bereit sind, sogar auf die Straße zu gehen und zu kämpfen, im Namen der Demokratie gegen die „Staatsstreichler“. Die Partei muß es verstehen, diese Stimmungen aufzufangen, weiterzutreiben, sie einzugliedern in die große organisierte außerparlamentarische Massenbewegung gegen den Faschismus, wie wir sie in ihren wirtschaftlichen und politischen Grundlinien in der Nummer 9 des „Kommunist“ („Das Gebot der Stunde“) skizziert haben. Das Wichtigste ist, daß die arbeitenden Massen in Bewegung kommen, die größte Gefahr ist die Erstarrung, in der sich jetzt vor allem die revolutionären Teile infolge der lähmenden Politik unserer Partei befinden, die es erst dem Reformismus ermöglicht, bewußt die Massen zurückzuhalten.

IX. Man muß Schluß machen mit der bisherigen „Generalie“.

Die Parteiführung versucht ihrem alten, bankrotteten Kurs eine neue Wendung, diesmal nach rechts, aufzupropfen. Wir haben an anderer Stelle ausführlich über diese Frage geschrieben.

Um wirklich eine Aenderung der politischen Situation in Deutschland herbeizuführen, genügen weder diese neuen Manöver des ZK, noch die Opferung eines Teils des bürokratischen Apparates. Was jetzt noch tut, das ist ein völliger politischer Kurswechsel, der offen die alten, bankrotteten Positionen preisgibt und der jungen, revolutionären Parteimasse den Weg zurück zu Lenin bahnt. Die katastrophalen Ergebnisse der Hessenwahlen, wo die Partei 24.000 Stimmen verlor, während die SPD zunahm, zeigen offen, daß es so nicht mehr weitergehen kann.

Das Zurückbleiben hinter den Ergebnissen des Vorjahres ist besonders schwerwiegend in der Produktion von Walzeisen und Martinstahl.

Dieses Zurückbleiben hat die Entfaltung der Leichtindustrie sehr ungünstig beeinflusst. Aber dies ist nicht die einzige Quelle der Schwierigkeiten. Der quantitative Ausfall wird durch den qualitativen noch weit übertroffen. In allen Industriezweigen steigt der Prozentsatz unbrauchbarer Produkte. So berichtet die offizielle „Moskauer Rundschau“ im Mai 1932, daß der Prozentsatz unbrauchbarer Produkte in der Leinenindustrie 50 Prozent beträgt!

Es ist klar, daß ein derartig hoher Prozentsatz Bruchproduktion einer ungeheuren Vergeudung von Rohmaterial, Arbeitskraft und Maschinenabnutzung gleichkommt. Das ist die Kehrseite der überspitzen Tempi in der Industrialisierung und eine der entscheidenden Wurzeln für die Verschärfung der Beziehungen zwischen Stadt und Dorf, für die Verschärfung des landwirtschaftlichen Warenhungens und damit für jenen neuen Kurs im Sowjetdorf, der jetzt notwendig wurde.

Jungfrontbewegung und unsere Partei!

Von einem Genossen aus Graz wird uns geschrieben:

Die Antifaschistenbewegung in der Steiermark hat durch die Schaffung der Jungfrontbewegung neue Belebung erfahren. Wurde auch von den linken Führern der österreichischen Sozialdemokratie diese Bewegung wie viele zuvor zu dem Zwecke geschaffen, um sie in bestimmte Bahnen zu lenken, die die Auffassungen des S. P. Parteivorstandes über die Zulässigkeitsgrenzen der haßerfüllten S. P. Arbeiter im Kampfe gegen den Faschismus nicht verletzen, — so läßt die Jungfrontbewegung trotz allem die Hoffnung zu, daß sie ein ernst zu nehmender Faktor im Kampfe gegen den Faschismus werden wird. Ihrem Wesen nach ist sie revolutionär und voll Klassengeist und Kampfesmut — ihre Aktionen sind von der ehrlichen Absicht erfüllt, auch über die Köpfe des Parteivorstandes den Kampf gegen den Faschismus mit allen Mitteln zu beginnen. Diese Tatsache ist ein bereitetes Merkmal über die Wandlung der Stimmung der Arbeiter innerhalb der S. P. und S. A. J. Diese Wandlung findet ihren besonderen Ausdruck in der entschiedenen Haltung der Jungfrontbewegung im Kampfe gegen den Faschismus. Und mit dieser Tatsache hat die kommunistische Partei zu rechnen. Die Jungfrontbewegung ist eine revolutionäre Oppositionsbewegung innerhalb der S. P. Oe. Sie widerspiegelt die tiefe Unzufriedenheit mit der S. P. Oe.-Führung und kennzeichnet die wahre Stellung des S. P.-Arbeiters zum Faschismus. Sie ist eine Massenbewegung innerhalb der S. P. Oe. und wird unter Umständen der S. P. Oe. zu schaffen machen. Dies ist nicht nur anzunehmen, sondern bei der Politik der S. P. Oe.-Führung, die im Gegensatz zu den Auffassungen der Jungfrontbewegung steht, sind Kollisionen unvermeidlich und deren Tragweite noch nicht einschätzbar. Doch eines ist klar: für die Kom. Partei erstand in dieser Bewegung ein unmittelbarer Kampfführer. Ein Ignorieren der Jungfrontbewegung, wie es bis jetzt der Fall ist, ist ein großer Fehler der Partei, der ihre Isolierung selbst gegenüber revolutionären Arbeiterschichten zur Folge hat.

In der Jungfrontbewegung liegen die ersten Ansätze innerhalb der S. P. Oe. zu einer großen Massenbewegung gegen den Faschismus. Aber auch ein Bundesgenosse zur Schaffung der proletarischen Einheitsfront ist in dieser Bewegung entstanden. Eine richtige, vom Geiste Lenins beseelte K. P. Oe. würde keine Minute zaudern, mit aller Kraft die Jungfrontbewegung als Bundesgenossen zur Schaffung der Arbeiter-Einheitsfront zu gewinnen. Man kann sich in dieser Frage nicht hinter das Führermonopol verschließen. Das Recht auf die Führung wird erst im Kampfe erwirkt. Die Herstellung der Einheitsfront ist die besondere Aufgabe der Partei. Nur in der praktischen Arbeit, in der beispielgebenden Tat der K. P. und mit einer richtigen Politik wird die Frage der Führung entschieden. Daher heißt es den Kampf innerhalb und außerhalb der Partei für die Anwendung der Einheitsfronttaktik nach den bewährten Lehren Lenins aufzunehmen.

Die Situation ist für uns; doch wehe, wenn wir sie nicht auszunützen verstehen. Das Urteil wird vernehmend für uns ausfallen.

Wissen ist Macht — Macht ist Wissen

Jeden Mittwoch um halb 8 Uhr abends findet in Graz im Gasthaus Volksgarten, Siegmundstadt 1, ein Diskussionsabend statt.

Tagesordnung:

Unser Kampf um Arbeit und Brot.

Genossen! Ladet alle revolutionären Arbeiter und Funktionäre zu diesem wichtigen Thema ein. Alle Leser des „Mahnruf“ sind eingeladen.

Wiener Abonnenten

des „Mahnruf“, die das Abonnement für den Mahnruf noch nicht eingeschickt haben, mögen sofort das Geld für das 2. Viertel Jahr 1932 mittels Erlagschein einsenden, wir brauchen jeden Groschen dringend.

Arbeitslose! Betriebsarbeiter! Werdet Arbeiterkorrespondenten, liefert Berichte von den Stempelstellen und aus euren Betrieben über die Tages- und Lohnfragen.

Appell

Leser des „Mahnruf“, spendet Kampf- und Preßfonds. Helft mit, Abonnenten werben.

Leser des „Mahnruf“, tretet der Linkskomm. Opposition (Mahnruftgruppe) bei. Beitrittserklärungen sind bei den Genossen Koch, Finkengasse 3/I,

Der neue Kurs im Sowjet-Dorf

Die russische Partei hat sich zu einer sehr bedeutungsvollen Kursänderung im Dorf entschlossen. In einem Dekret der Sowjetregierung vom 6. Mai werden die Getreidekontingente, die die Kollektiven aufzubringen haben, um ungefähr 20 Prozent, von 22 Millionen Tonnen auf 18 Millionen Tonnen herabgesetzt. Die Reduktion ist nicht für alle Gebiete gleichmäßig; am stärksten ist sie in der Ukraine. In einem Dekret vom 10. Mai wird die Viehablieferung der Kollektiven und Einzelwirtschaften auf ungefähr die Hälfte reduziert, von 1,414,000 Tonnen Lebendgewicht auf 716.000 Tonnen. Der durch diese Reduzierungen den Kollektiven verbleibende Ueberschuß wird für den freien Handel durch die Kollektiven überlassen. Die Kollektivbauern sollen auf den Märkten direkt — mit Umgehung der Aufkäufer und Spekulanten — ihre Produkte an die Konsumenten verkaufen.

Von großer Bedeutung ist die Frage der Preisbildung auf den freien Märkten. Wenn sie sich ohne direktes Eingreifen des Staates vollzieht, so wird sie zu einer bedeutenden Quelle der Akkumulation werden und die soziale Differenzierung innerhalb der Kollektiven und zwischen den Kollektiven beschleunigen.

Die „Prawda“ vom 22. Mai wendet sich ausdrücklich gegen die Versuche, diese freie Preisbildung zu beeinflussen: „Einige Organisationen sehen ihre Aufgabe darin, die Kollektivwirtschaften, Kollektivbauern und Einzelbauern zu zwingen, ihre Erzeugnisse zu den von diesen Organisationen festgesetzten Preisen und nicht zu den Marktpreisen zu verkaufen, wie dies in der Verordnung der Regierung eindeutig gesagt wird. All diesen Einstellungen muß entschlossen ein Ende gemacht werden.“

Die „Rote Fahne“ vom 29. V. 1932 läßt sich in ihrer Unschuld von ihrem Moskauer Berichterstatter schreiben, „daß eine Bereicherung einzelner auf Kosten der anderen durch den Kollektivhandel niemals erfolgen kann“. Das würde unter zwei Voraussetzungen stimmen: Erstens, daß in den Kollektiven alle gleichen Anteil erhalten, und zweitens, daß wirklich der Verkauf am freien Markt direkt an den Konsumenten erfolgt. Beide Voraussetzungen treffen aber nicht zu. Die Kollektive ist noch keine Kommune, in ihr besteht keineswegs Gleichheit, sondern die Kollektiven sind in ihrer überwiegenden Mehrheit nach der Arel-Form gebildet worden, d. h. als Produktionsgenossenschaften. Die Verteilung der Produkte erfolgt, nach einer Verordnung vom 12. Juli 1931, nach folgendem Schema: 15 Prozent (in neuen Kollektiven 10 Prozent) des Ertrages — nach Entrichtung der Abgaben — bleiben im Fond der Kollektive, 1,5 Prozent werden dem Prämienfond zur Prämierung der besten Kollektivisten überwiesen, 1,5 Prozent dem Unterstützungsfond, um Kollektivmitglieder in Lehrkursen zu senden, 2 Prozent dem Verteilungsfond, aus dem die Kollektivisten entsprechend ihrer Produktionsleistung in die Kollektive entschädigt werden. Der Rest von 80 Prozent wird entsprechend ihrer Arbeitsleistung an die Kollektivisten verteilt. Diese Verteilung, die besonderen Anteil nach Produktions-Einlagen und der Prämienfond bilden eine wesentliche Quelle der Differenzierung innerhalb der Kollektiven.

Aber neben der kollektiven Bodenbewirtschaftung besitzt der Kollektivist Privatbesitz an Vieh, und die neuesten Dekrete fordern mit aller Schärfe, daß jeder Kollektivist die Möglichkeit haben muß, sich Vieh anzuschaffen. Eben darum wurden ja die Ablieferungskontingente für Vieh so stark reduziert, um die zusammengeschrumpten Viehbestand wieder zu heben.

Wir glauben, daß diese kurzen Angaben genügen, um die kleinbürgerliche Utopie zu zerstören, als ob die Kolle-

tiven bereits „der Sozialismus im Dorf“ sei, wie die Zentristen behaupten.

Bleibt noch die Frage offen, ob wirklich Garantien vorhanden sind, daß der Kollektivhandel nicht das parasitäre Spekulantentum verstärkt. Die einzige reale Garantie wäre, daß der Kollektivbauer auf dem freien Markt genügend Industrierwaren findet, daß er also mit dem Papiergeld, das er erhält, sofort die gewünschten Industrierwaren zu kaufen vermag. Das allein wäre auch ein ausreichender Anreiz für ihn, genügend Produkte auf den Markt zu bringen und sie direkt an den Konsumenten zu verkaufen. Aber gerade das ist nicht der Fall. Eben weil der Staat nicht genügend Industrierwaren den Kollektiven liefern konnte und weil sie auf diese Tatsache — übrigens ebenso wie die Sowjetgüter — mit der passiven Resistenz bei der Getreideaufbringung antworteten, darum mußte jetzt ein gewisser Rückzug angetreten werden, um zu verhindern, daß die unzufriedenen Kollektiven die Anbaufläche einschränken und das Vieh schlachten. Die Kulaken betrieben ihre Agitation, wie selbst die „R. F.“ berichtet muß, auf dieser Linie (siehe „R. F.“, Berlin, vom 29. V. 1932):

„Die Kulaken machen verzweifelnde Anstrengungen, die Durchführung der Beschlüsse zu verhindern. Sie versuchen, die Bauern durch geschickte Agitation und skrupellose Verhetzung zu verwirren. Sie lügen, diese Beschlüsse seien nur vorübergehend, sowie ihr die Anbaufläche erweitert und den Viehbestand vergrößert hat, nimmt man euch alles weg. Oder sie weisen auf die Kriegsgefahr hin und „warnen“: „Schlachtet noch rasch euer Vieh, eßt es auf oder verkauft es, bevor es zu spät ist.“

Da der staatliche Handel nicht genügend Industrieerzeugnisse auf den Markt bringt, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Wiederbelebung des freien Getreide- und Viehhandels dem Spekulantentum einen gewissen Aufschwung gestatten wird.

Diese Tatsache muß man ebenso rücksichtslos voraussetzen und aussprechen wie die Beschleunigung der Differenzierung in den Kollektiven durch den neuen Kurs im Dorf.

Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß diese Wendung in der Agrarpolitik der Partei unvermeidlich war, da man mit rein administrativen Mitteln nicht den Widerspruch zwischen dem Zurückbleiben der Leichtindustrie und dem Warenhunger des Dorfes lösen kann.

War der Rückzug notwendig, so bedeutet das nicht, daß die Politik Stalins richtig ist. Die Notwendigkeit des Rückzuges entstand, weil die Disproportionen im industriellen Aufbau durch die Stalinische Politik außerordentlich verschärft wurden.

Bekanntlich ist die Entwicklung der Schwerindustrie die Basis für die Entwicklung der Leichtindustrie. Eine der wesentlichen Ursachen für das Zurückbleiben der letzteren ist das starke Zurückbleiben der Produktion entscheidender Rohstoffe nicht nur weit hinter dem Plan, sondern auch hinter den Ergebnissen des Jahres 1930.

	Voranschlag für 1931	Tatsächlich erreicht	Produktion 1929/30
in Millionen Tonnen			
Kohle	83,6	56,0	47,5
Koksgewinnung	9,4	6,75	—
Naphtha	25,5	23,1	17,7
Torf	11,25	9,1	5,9
Roheisen	8	4,9	4,97
Martinstahl	8,8	5,3	5,6
Walzeisenprodukte	6,7	4	4,5

Geninsche Einheitsfront oder Brandlersche Blockpolitik

Die bürokratische Wendung der Parteiführung und ihre Perspektiven

Am 16. und 17. Juni hat das ZK der KPD unter dem Druck der allgemeinen Lage und der oppositionellen Kritik eine Wendung in der Frage der Einheitsfront durchgeführt, die für die Zukunft der Partei von allergrößter Bedeutung ist. Es ist allgemein bekannt, daß die Parteiführung bis zum 16. Juni 1932 jeden Vorschlag, die Einheitsfront mit den reformistischen Organisationen zu versuchen, als „konterrevolutionär“, als „sozialfaschistisch“ und „verfaulenden Liberalismus“ abgelehnt hat. Thälmann schlugerte noch im November 1931 in der Zeitschrift „Die Internationale“ den Bannstrahl gegen die RGO im Ruhrgebiet, die es gewagt hatte, „an bezirkliche ADGB-Führungen“ heranzutreten. Münzenberg nannte die Parole der Einheitsfront mit reformistischen Organisationen „die Theorie eines völlig verlorenen und konterrevolutionären Faschisten“. Dutzende unserer Genossen wurden, insbesondere in Berlin, von der Bürokratie ausgeschlossen, nur weil sie es wagten, innerhalb der Zellen für die Anwendung der Einheitsfronttaktik einzutreten. So war es bis zu dem 16. Juni....

An diesem Tage brachte die „Rote Fahne“, völlig unvorbereitet für die gesamte Partei und das revolutionäre Proletariat, einen Aufruf „An alle Arbeiter und Organisationen“, in dem zu einem gemeinsamen Kampfaufmarsch aufgefordert wurde, und am folgenden Tage veröffentlichte die „R. F.“ einen Brief der B. L.-Berlin-Brandenburg an die

Leitungen der SPD, ADGB und Reichsbanner

von Berlin-Brandenburg, in dem diese Organisationen zu einer gemeinsamen Demonstration eingeladen werden.

Diese Wendung des Parteiapparates innerhalb 24 Stunden hat in der Partei die größte Verwirrung hervorgerufen. Ein großer Teil, vielleicht sogar die überwiegende Mehrheit der Partei nahm an — und nimmt es wohl heute noch an — daß es sich hier nur um ein episodisches Manöver zur besseren Demaskierung der SPD-Führer handelt, daß aber an eine wirkliche Einheitsfront „mit Severing und Grzesinski“ nie gedacht werden könne. Ein Teil der Partei, und nicht der schlechteste, sieht den Kurswechsel, vermag aber sich nicht so rasch umzustellen, wie die Bürokraten im K. L.-Haus, und wendet sich gegen die Einheitsfronttaktik. Und selbst der politisch klarste Teil der Mitgliedschaft, der die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses aller Arbeiterorganisationen gegen den Faschismus bereits begriffen hat, vermag sich für die bürokratische Wendung innerhalb 24 Stunden nicht zu begeistern.

Wir Linken, die seit Jahren den Kampf für die Einheitsfronttaktik innerhalb der Partei führen, sagen der Partei mit aller Klarheit, daß das, was jetzt die Parteiführung unternimmt, mellenweit von der Leninischen Einheitsfronttaktik entfernt ist, wie wir sie gefordert haben.

Nur Bürokraten, die aus der Brandlerschen Schule hervorgegangen sind, können glauben und hoffen, daß die Einheitsfront des Proletariates dadurch zustande kommen wird, daß vom Bülowplatz ein Brief in die Lindenstraße und ein zweiter von der Lindenstraße zum Bülowplatz gesandt wird. Die Geschichte der deutschen Revolution hat uns tausendfach gelehrt, daß die völlig verbürgerlichten Spitzen der reformistischen Organisationen nur unter einer Bedingung zu den kleinsten Schritten auf dem Wege der Interessenvertretung der Arbeiterklasse gezwungen werden können: Wenn es der zähen und unermüdeten Arbeit der Kommunisten und der revolutionären Opposition in den Gewerkschaften gelingt, wirklich die gemeinsame Sprache mit den reformistischen Massen zu finden, ihr Vertrauen wenigstens teilweise zu erobern. Nur dann, wenn in den reformistischen Massen selbst die Ueberzeugung vorhanden ist, daß die Kommunisten ihre treuesten und ehrlichsten Bundesgenossen sind, nur dann wächst innerhalb der reformistischen Organisationen der proletarische Massendruck, der die verbürgerlichte Bürokratie aus Furcht vor ihren eigenen Massen zwingt, sich diesem Druck zu fügen.

Dieser Druck aber ist heute nicht vorhanden, er kann nicht vorhanden sein. Denn die Parteiführung hat bis zum 16. Juni es bei Strafe des Ausschlusses verboten, über die Möglichkeit einer Einheitsfront innerhalb der Partei zu diskutieren, und die kommunistischen Parteimitglieder haben den reformistischen Massen, die oftmals auf ein Zusammengehen mit den Kommunisten hofften, immer wieder geantwortet: „Einheitsfront mit euch, jawohl, aber niemals mit euren Führern!“

Und darum, weil dieser Massendruck in den reformistischen Organisationen nicht vorhanden ist, eben darum konnte sich die reformistische Bürokratie erlauben, als Bedingung für die Diskussion über die Einheitsfront zu verlangen, die Kommunisten dürften sie und ihre Organisationen nicht kritisieren! Ständen sie unter dem Druck ihrer Anhänger, sie hätten es nicht gewagt, eine derart anmaßende und lächerliche Bedingung zu stellen, denn sie wüßten sehr gut, daß ihre eigenen Arbeiter es für sehr gut halten, wenn an der Politik ihrer Führer sachliche, aber scharfe Kritik geübt wird.

So, wie es sich die Bürokraten im K.L.-Haus vorstellen, so bürokratisch werden wir nie zu einer wirklichen Einheitsfront des Proletariats kommen, sondern höchstens zu Vereinbarungen zwischen den bürokratischen Spitzen der KPD und SPD — und wie die deutsche und internationale Erfahrung tausendfach bewiesen hat, haben solche Spitzenkombinationen niemals der revolutionären Sache gedient.

Um zum notwendigen revolutionären Kampfbündnis aller Arbeiterorganisationen gegen den Faschismus zu kommen, ist notwendig, daß die Kommunistische Partei, der aktivste und revolutionärste Teil des deutschen Proletariats, die alten, verstaubten Theorien und Aberglauben preisgibt, die unter der Etikette „Sozialfaschismus“ in der Parteimasse noch weitverbreitet sind. Solange es noch Kommunisten gibt, die an den „Sozialfaschismus“ glauben, so lange werden diese Kommunisten aktiv oder passiv Gegner der Einheitsfront sein, denn wenn die SPD „sozialfaschistisch“ ist, wenn, wie es in der Broschüre „Was ist Sozialfaschismus?“ heißt, „die sozialfaschistische Entartung... auch den unteren Funktionärrapparat in Betrieb und in den Massenorganisationen erfaßt...“, dann ist es richtig, daß eine Einheitsfront mit der SPD grundsätzlich abzulehnen ist.

Man muß der Parteimitgliedschaft offen sagen, daß alle taktischen Schritte der letzten Jahre, die mit dieser Theorie begründet wurden, falsch waren, insbesondere der abenteuerliche Versuch, eine eigene, rote Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zu schaffen, ein Versuch, dessen katastrophales Scheitern heute jedem Parteifunktionär bekannt ist.

Die theoretische Umrüstung der Parteimitgliedschaft, die elementare Voraussetzung einer ernsthaften Wendung in der praktischen Arbeit der Partei, wird aber unmöglich gemacht, wenn sich die bankrotten Führer der Partei heimlich von ihren eigenen Theorien und Parolen davon schleichen und den Dreck verleugnen, in den sie die Parteimitglieder gestoßen haben. Von allen Formen der Feigheit ist die Verleugnung der eigenen politischen Sünden die schamlichste und verwerflichste. Man komme uns nicht damit, daß man einen Teil des führenden Apparates bei dieser Wendung geopfert hat, daß Heinz Neumann nach Moskau abgeschoben, Kunz nach Frankfurt a. Main, daß die ganzen Gewerkschaftsstrategen, wie Heckert, Dahlem usw. von ihrer Arbeit entfernt, der „C.F.“ der „R. F.“, Reinhardt, abgesetzt, und W. Pech zum „Gensek“ (Generalsekretär) ins Polbüro avancierte! Wir fordern nicht die Köpfe, und täten wir es, wir müßten die von Thälmann, Münzenberg, Ulbricht & Co., dazu verlangen, von Remmele ganz zu schweigen, die die gleiche Schuld tragen, wie die gefallenen Apparatgötter, die zum Teil bei einer Fraktionssitzung das Pech hatten, aufzufliegen.

Nur die politische Diskussion innerhalb der Partei, nur das offene Aufrollen aller Fragen, die seit dem Weddiger Parteitag (1929) immer mehr verzerrt wurden, nur eine solche Diskussion kann die Partei wiederbeleben, kann den Zustand der tiefen Depression und der Passivität in der Partei beseitigen.

Die Mehrheit der Partei ist nicht passiv, weil sie nicht aktiv sein will, sondern weil sie durch die unvermeidlichen Mißerfolge, zu der sie die „Generallinie“ verurteilte, ihre Kraft umsonst vergeudet sah. Offene politische Diskussion, in der jeder Genosse in der Zelle und in der Parteipresse seine Meinung sagen kann, ohne als „Konterrevolutionär“ gebrandmarkt zu werden, offene politische Diskussion und Wahl der Funktionäre von der Zelle bis zum Zentralkomitee durch die Parteimitgliedschaft, politische Klarheit plus innere Demokratie, das sind die Springquellen des politischen Lebens einer revolutionären Partei.

Ebenso bürokratisch, wie die Vorstellung ist, die Einheitsfront werde durch die Post, durch ein paar Briefchen-Schreiben, zustande kommen, ebenso jämmerlich ist der Aberglaube der Parteiführung, eine gewerkschaftliche Wendung sei dadurch möglich, daß Emmerich auf den leeren Sessel Dahlems Platz nimmt, und wenn die Phrase von der Notwendigkeit der innergewerkschaftlichen Arbeit jeden Tag zehnmal heruntergeleiert wird.

Ja, eine völlige Wendung in der Gewerkschaftsfrage ist zur brennendsten Notwendigkeit geworden, ja, es ist notwendig, daß die Kommunisten laut und deutlich erklären, daß sie mit allen ihren Kräften die freien Gewerkschaften verteidigen wollen, daß sie diese alten, wenn auch reformistisch verseuchten Arbeiterorganisationen als ihre eigenen Klassenorganisationen betrachten, daß sie nicht gegen die freien Gewerkschaften kämpfen, sondern gegen den Reformismus in den freien Gewerkschaften, der diese entmannt und lähmt.

Aber glaubt ihr, Parteigenossen, daß eine solche wirkliche Wendung möglich ist, ohne daß die gesamte Partei ernsthaft diese Wendung berät, glaubt ihr, diese Wendung ist möglich, wenn nicht die Kommunisten im ADGB neben dieser Arbeit mit aller Kraft für die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen kämpfen müssen, daß sie auch die Nichtkommunisten in der RGO und in den Industrie-

verbänden für diese historische Notwendigkeit gewinnen müssen?

Gewiß; der Feind steht unmittelbar vor den Toren, der Endkampf um die letzten Rechte der Arbeiterklasse, der Kampf gegen den anmarschierenden Faschismus hat bereits begonnen. Besteht denn noch Zeit, so fragen uns viele der ernstesten und besten Genossen in der Partei, zu diskutieren? Jawohl, Genossen, es ist noch Zeit. Wir Linken sagen euch nicht: Diskutieren statt kämpfen, wir sagen euch, der Kampf mit dem Klassenfeind muß mit dem inneren Ringen innerhalb der Partei gleichzeitig geführt werden. Nur diejenigen, die in der politischen Diskussion ihre Zweifel vorbringen, nur diejenigen, die sich dort politisch stählen, sie werden draußen, im Kampf gegen den Faschismus, ihren Mann wirklich stellen können, sie werden wirklich im geistigen Ringen den reformistischen Arbeiter zu uns herüberziehen. Als der räuberische deutsche Imperialismus seine Taten ausstreckte, um das militärisch zusammenbrechende Sowjetrußland zu zermalmen (1918), als er seinen Schandfrieden von Brest-Litowsk diktierte, da entbrannte in der bolschewistischen Partei der Kampf: Annahme oder Ablehnung des Schandfriedens. Lenin sagte: Zeit gegen die Zeit, deutsche Revolution wird uns helfen. Bucharin und Radek schrien: Der Opportunist Lenin will den Schandfrieden annehmen. Es ging um Tod und Leben. Aber Lenin überzeugte die Partei in der Diskussion, er unterdrückte nicht die Opposition, obgleich diese mit dem Gedanken der Verhaftung Lenins spielte.

Wir Linken lehnen den Putsch ab, mit dem die Fraktion Thälmann-Plek-Emmerich, unterstützt von Stalin, die Partei über Nacht auf eine neue Linie gezerrt hat. Wir fordern die Parteimitglieder auf, offen in den Zellen die politischen Fragen zu stellen, sich nicht länger mundtot machen zu lassen.

Es ist tausendmal besser, wenn die Genossen, die verwirrt sind, die nicht begreifen können, daß das, was gestern verdammte wurde, heute leninistisch sein soll, offen ihre Meinung sagen, als daß sie schweigen.

Die neue Wendung der Partei darf nicht allein darin bestehen, daß Briefe an die SPD-Führer geschrieben werden, oder gar, daß die Partei auf ihre revolutionären Ziele „im Namen der Einheitsfront“ verzichtet, und z. B. die proletarische Diktatur durch die zweideutige Parole der „Arbeiter- und Bauernregierung“ ersetzt (siehe „R. F.“ vom 17. Juni 1932), sie muß in einer völligen Aenderung des gesamten Kurses der Partei bestehen. Wir wollen nicht vom linken in den rechten Straßengraben purzeln, sondern uns den Weg der proletarischen Revolution erkämpfen.

**Her mit dem Außerordentlichen Parteitag!!
Gegen die bürokratische Wendung, für eine wirkliche Kursänderung, für eine Aenderung des inneren Regimes in der Partei!!**

Für die Wiederaufnahme der Linken in die Partei, für eine starke linke Fraktion in der Partei und Komitern!!

Sammelt euch um die linke Opposition der KPO.

Redaktion des „Maharuf“.

Was uns Arbeiter schreiben.

Die Notstandsunterstützung verlängert.

Unter dem Drucke der Arbeiterschaft und dem entschlossenen Kampfeswillen der Arbeitslosen war man gezwungen, die N. A. zu verlängern. Alle, die am 26. Juni 1932 hätten ausgeteuert werden sollen, bekommen die Unterstützung weiter. Viele bekamen die Verlängerung bis Februar 1933, viele aber nur bis August 1932. Für alle, die in den Monaten Jänner bis April 1932 ausgeteuert wurden, gibt es auch diesmal keine Verlängerung; auch die im Monat Juni 1932 Ausgeteuerten bleiben auf der Strecke liegen. Man spielt einen Teil gegen den anderen aus, um einen Keil in die Arbeitslosen zu treiben. Die I. B. K. spekuliert darauf, die Kampffront der Arbeitslosen zu sprengen. Sie will dadurch erreichen, leichter ohne besondere Störungen die Aussteuerungen durchzuführen und die N. A. rauben zu können.

Arbeitslose, Betriebsarbeiter, laßt euch nicht mißbrauchen, kämpft in geschlossener Front weiter, daß allen Ausgeteuerten die Unterstützung gegeben werden muß. Kämpft gegen die 27. Novelle. Mit den einzelnen oder gruppenweisen Aussteuerungen muß Schluß gemacht werden. Die Unterstützung muß allen gegeben werden, solange Regierung und Unternehmer den Arbeitern keine Arbeit geben wollen. Fordert von den Gewerkschaften, daß die Kulissenschleiberei der I. B. K. eingestellt wird.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, II., Novaragasse 24. (Im Auftrage der Komm. Linksopposition.) — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborstraße 52b.

Oesterreichische Misere

Die bisher vergeblichen Bittgänge des Bundeskanzlers Dollfuß in Lausanne, um für Oesterreich eine Anleihe zu erbitten, haben nur dazu beigetragen, die ganze Ohnmacht der Herrschenden gegenüber der Wirtschaftskrise noch mehr zu enthüllen. Hilfe sich, wer kann; bzw. ich helfe nur, wenn du dich mir völlig unterordnest und auslieferst. So ist die Stellung Frankreichs, der gegenwärtig stärksten Kapitalmacht Europas. Und Frankreich will nur dann „helfen“, wenn sich Oesterreich bedingungslos dem französischen Mächteblock einordnet und der ausländischen Kontrolle im Innern unterordnet. Dabei soll diese Anleihe nur gegeben werden, damit Oesterreich seine alten Schuldverpflichtungen und die daraus folgenden Zinslasten an das Ausland in ausländischen Währungen ableiten kann. Jetzt schon beträgt die jährliche Last, die der Bund zur Rückzahlung und Verzinsung von Anleihen aufzubringen hat, zirka 200 Millionen Schillinge. Daher kommt es, daß die Arbeitslosen hungern und der Staat immer neue Massensteuern den Werkträgern auferlegt.

Die Katastrophe im Außenhandel geht weiter. Der Export nach Rumänien, Frankreich und Deutschland ist in den ersten fünf Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vorjahre um fast die Hälfte zurückgegangen. Nach der Tschechoslowakei, dem Hauptexportland Oesterreichs, beträgt der Rückgang ein Drittel gegenüber 1931. Dabei muß aber darauf hingewiesen werden, daß schon das Vorjahr im Zeichen des Zusammenbruches des Außenhandels stand.

Das Nachtragsbudget, das die Regierung jetzt dem Parlament vorlegt, ist nur die Quittung für die Wirtschaftspolitik, in die die Regierung und ihre Vorgänger, die Buresch-Regierung, hineingesteuert haben. Das NoBudget zur Deckung eines Defizites von rund 200 Millionen Schilling ist noch nicht unter Dach gebracht und schon drängt eine neue Welle von Sanierungsgesetzen in die gebrechliche und kauernde Gesetzgebungsmaaschine, den Nationalrat.

Da gibt es Vorlagen zur Erhöhung der Warenumsatz- und Krisensteuer, Einführung einer Beschäftigtensteuer und Erhöhung von Zöllen.

Großzügige Pläne zur „Reform“ der Arbeitslosenfürsorge, Massenaussteuerungen und Zwangsarbeit (Arbeitsdienstpflicht) mit Kullilöhnen.

Regieabbau bei den Bundesbahnen und der Post. Das heißt Personalabbau, Kürzung der Gehälter und Bezüge sowie Verteuerung der Postgebühren.

Oesterreich kann für sich den traurigen Ruhm in Anspruch nehmen, das teuerste Land Europas zu sein und gleichzeitig zu jenen Ländern zu zählen, die die niedrigsten Löhne haben. (Polen, Italien.) Dabei geht die Lohnrauboffensive unvermindert weiter.

Was der Bourgeoisie auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik an Erfolgen mangelt, kann sie im Kampfe gegen die Arbeiterklasse aufweisen. Auf einen oder mehrere Verfassungsverstöße — man beachte: der Schober-Verfassung — kommt es ihr dabei nicht an.

Die Bundesangestellten bekommen ihre Gehälter ab 1. Juli in zwei Raten ausbezahlt. Wie lange wird es noch dauern und die Herren Hofräte werden zu Wochenlöhnen. Doch für die große Masse der kleinen und mittleren Beamten bedeutet diese Verfügung einen empfindlichen Stoß gegen ihren labilen Haushalt, der auf Monatszahlung aufgebaut ist. Die Parlamentskommission beim Bundesheer, eine jener von der SP-Führerschaft so gefeierten „Errungenschaften“, seit Jahren schon eine Schattenfigur, wurde durch Gerichtsbeschluß von ihrem Scheinwesen erlöst. Schüchterne Tränen weint ihr die SP-Presse nach — — — es ist so schön gewesen. . . .

Der Polizeikommandant von Donawitz, dessen vorgesetzte Behörde die Gemeinde ist, wurde entgegen den klaren Bestimmungen der Verfassung seines Dienstes enthoben. Ursache: Er hat zu objektiv gemisshandelt und sich daher die tödliche Feindschaft der Hahnenschwänzer zugezogen. Daß man es hier mit einem willkürlichen Eingriff in die Rechte der Gemeinde zu tun hat, tut Herrn Rintelen nichts zur Sache. Diese Art zu regieren, ist ja seine Spezialität.

Um so energischer geht jetzt die Gendarmerie gegen die Donawitzer Arbeitslosen vor. Mit Tränengas werden die Arbeitslosen aus ihren Wohnungen vertrieben. Mit Bajonetten wird die empörte Arbeitermasse, die diese Delogierungen verhindern will, zurückgehalten.

Wo immer Nazi friedliche Passanten oder gar Arbeiter überfallen, werden sie von der Polizei beschützt und die Überfallenen werden verhaftet und angezeigt.

Nazifaschisten prügeln wehrlose Studentinnen, überfallen ihnen mißliebige Bürger und Geschäftsleute, demonstrieren und marschieren trotz Verbot unter Duldung der Polizei, während gegen die Kundgebungen der Arbeitslosen mit aller Brackialgewalt und Rücksichtslosigkeit vorgegangen wird. Die „Arbeiterhilfe“ wurde unter nichtigen Vorwänden ver-

boten, nachdem schon der Kommunistische Jugendverband dem Verbot verfallen ist. So wird die Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung Schritt um Schritt vorwärts getrieben.

Arbeiter und Arbeiterorganisationen werden entwapnet und gerichtlich auf das schärfste verfolgt, während Heimwehr und Nazi sich offem mit ihrem Waffenbesitz brüsten, bewapnet aufmarschieren und aus öffentlichen Depots Waffen beziehen.

Die gesteigerten Bürgerkriegsrisiken der Bourgeoisie und ihrer Söldner, der Nazi- und Heimwehrfaschisten, gehen parallel mit dem ansteigenden Massenelend und den konzentrierten Angriffen gegen die Arbeiterschaft und ihre sozialen und politischen Rechte und Errungenschaften.

Der Antifaschismus der österreichischen Bourgeoisie geht selbst über die Profitaussichten, die die Rußlandbestellungen zweifellos bieten, hinweg. An der Spitze dieses Kampfes steht das Massage-Journal, das Gift und Galle spritzt gegen jedwede Handelspolitik mit der Sowjetunion und zum wirtschaftlichen Boykott der Sowjetunion aufruft. Es ist klar, daß diese Politik ihre Deckung bei einflussreichen Faktoren im Lager der Bourgeoisie findet und sich ganz auf der Linie der französischen Donaustaatenblockpolitik befindet.

Um so entschiedener muß die Arbeiterklasse Oesterreichs, sowohl aus politischen als aus wirtschaftlichen Gründen, den schärfsten Kampf gegen diesen Kurs der Bourgeoisie aufnehmen. Die Arbeiterklasse wird die Zukunft Oesterreichs mit dem Scheitern der Sowjetunion aufs engste verknüpfen müssen, will sie den Sieg der faschistischen Konterrevolution verhindern. Aber nicht auf das Wolle allein kommt es an, sondern auf das was!

Mit dem Ansteigen des ökonomischen Chaos wachsen die machtpolitischen Aspirationen der Reaktion und des Faschismus. Ergreift das klassenbewußte Proletariat nicht rechtzeitig die Initiative für den revolutionären Ausweg aus der Krise, so werden die bäuerlich-kleinbürgerlichen Massen und große Teile des Proletariats unvermeidlich von der Ideologie der konterrevolutionären Verzweiflung erfaßt werden.

Land und Frieden, das waren die Haupttriebkraft der russischen Revolution. Arbeit und Brot sind heute die zentralen Pole des Klassenkampfes. Daher wird der Kampf um ein Wirtschaftsbindnis mit der Sowjetunion, ergänzt durch großzügige Investitionsarbeiten im Inland (Elektrifizierung der Bahnen usw.) für das Proletariat zur Lebensfrage. Es ist klar, daß dieser Weg nur durch den Sieg über den Faschismus im revolutionären Klassenkampf bis zum Ende gegangen werden kann. Am Ende dieses Weges aber steht mit Flammenschrift: Aufstieg zum Sozialismus.

Der Hungermarsch in Graz

Dem Rufe der Kommunistischen Partei waren 2500 Arbeitslose und Ausgesteuerte gefolgt, aus der Provinz sind einige hundert, zu Fuß, nach Graz marschiert. Von Voitsberg, von Bruck, Leoben, Weiz, Frohneileiten usw. Die Gendarmerie riegelte die Land- und Reichsstraßen ab, um zu verhindern, daß größere Trupps nach Graz kommen. Am Landplatz sprach Gen. Marchel und Alfons, auch ein Gen. von Leoben. Die Ausführungen Alfons waren dieselben wie immer, gegen den „Hauptfeind“ S. P. gerichtet. Kein Wort über die Organisation der proletarischen Einheitsfront mit den proletarischen Organisationen, um den Kampf der steirischen Arbeitslosen: „Für Arbeit und Brot“ wirksam mit Erfolg führen zu können.

Der Hungermarsch hatte nicht den Erfolg. Von 50.000 Arbeitslosen in Steiermark wären bei einer richtigen Politik Zehntausende für ihre Forderungen marschiert.

Die Versammlung wählte 3 Deputationen. Zur I. E. K., Bürgermeister und Landesregierung.

Die Demonstration wurde von der Polizei verboten. Nach der Versammlung setzte sich trotz Verbot eine Demonstration in Bewegung. Die Polizei verhinderte den Marsch in die Innere Stadt. Die Berittenen ritten Attacke gegen die Hungernden und trieben die Demonstranten gegen die Wienerstraße. Die Arbeitslosen bemächtigten sich der dort liegenden Steinhäufen und empfingen die Berittenen mit einem Steinhagel, so daß sie kehrt machen mußten, dabei stürzte ein Berittener vom Pferde, 5 Polizisten und 1 Kriminalbeamter wurden verletzt. Die Polizei schlug mit dem Gummiknüdel auf die Köpfe der Proleten, besonders ein Teil hat sich sadistisch ausgetobt. In den Wachstuben wurden die Demonstranten verprügelt.

Der berittene Polizeibeamte Eugen Ossak kam im Ueber-eifer beim Losdreschen auf die Protenschädel mit seinem Pferd zu Sturz und wurde von diesem arg gequetscht.

Arbeitslose, Ausgesteuerte kämpft trotz Polizeierror für „Arbeit und Brot“, für die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung auf die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit. Die Polizei nahm 40 Verhaftungen vor, mehrere Verhaftete wurden ins Landesgericht eingeliefert.

2. Die SAP und die Einheitsfront.

Wie die SAP-Führer die Einheitsfront wirklich auffassen, das ist nicht immer ganz klar sichtbar. Vor allem ist es ihnen darum zu tun, unter der Parole „Die Einheitsfront über alles, Klasseninteresse über Parteinteressen“ Sympathien zu erhaschen. Daß sie mit einer solchen Gegenüberstellung von Partei und Klasse nur ihr kleinbürgerliches Spießertum ausdrücken, daß sie nicht begriffen haben, daß die Einheitsfront eine sehr wichtige taktische Maßnahme, die revolutionäre Partei aber der Hebel der proletarischen Revolution ist, ist für jeden revolutionären Marxisten klar.

Manchmal werden aber die um Seydewitz deutlicher und nicht interpretieren sie die Einheitsfront als den „Waffenstillstand zwischen SPD und KPD“. Das ist nicht mehr und nicht weniger als die Aufzorderung an die Kommunisten, vor dem Reformismus zu kapitulieren, die Arbeiterklasse und ihre Interessen zu verraten.

3. Brandler als Einheitsfrontler.

In ihrer Grundlinie stellt die Einheitsfrontlinie der Brandlerianer die mechanische Wiederholung der Beschlüsse des 3. Weltkongresses dar. Soweit sich die Brandlerianer auf diese Propaganda beschränken, leisten sie zweifellos eine viel nützlichere Aufklärungsarbeit als die SAP-Führer.

Solange es nur darum geht, den Kommunisten von heute den elementaren Gedanken der Einheitsfront nahe zu bringen, läuft unsere Linie mit der der Brandlerianer parallel, so wie wir und der reformistische Gewerkschafter manchmal dieselbe Sprache sprechen, wenn wir einen jungen Unorganisierten für die Gewerkschaft werben. Innerhalb der Gewerkschaft aber wird der „Neue“ bald bemerken, was wir und was der Reformist unter Gewerkschaftsarbeit verstehen.

Die Gegensätze zwischen uns und den Brandlerianern treten erst bei der konkreten Anwendung der Einheitsfronttaktik auf. Für uns ist die Einheitsfronttaktik nur eine Etappe im Kampf um die proletarische Revolution, deren Sieg nur möglich ist, wenn die revolutionäre Partei das Vertrauen der überwiegenden Mehrheit der Arbeiterklasse bereits erobert hat. Der Weg dazu — das eben ist die Einheitsfronttaktik.

1923 haben die Brandlerianer, indem sie den Kominternkurs auf die Arbeiter- und Bauernregierung — der gerade unter ihrem Einfluß zustande kam — anwandten, gezeigt, was sie können. Mit der SPD machten sie Koalitionspolitik und den Faschisten boten sie die nationale Einheitsfronttaktik an.

In der „grauen Theorie“ der Einheitsfronttaktik gibt es zwischen uns und den Brandlerianern eine gewisse Übereinstimmung. Aber im revolutionären Klassenkampf sind wir und sie seit zehn Jahren immer als Gegner einander gegenübergestanden, weil sie praktisch sich als Opportunisten erwiesen.

4. Der Zentrismus und die Einheitsfront.

Wir haben dieser Frage an anderer Stelle des Blattes einen breiten Raum gewährt. Wir wollen hier nur das Symptomatische an der Stellung des Zentrismus zur Einheitsfront hervorheben. Seinem schwankenden, unbestimmten Charakter entsprechend, besitzt der Zentrismus keine Theorie der Einheitsfront. Soweit er eine solche zu formulieren versucht, gelangt er stets zur prinzipiellen Ablehnung. In der Praxis ist er aber häufig gezwungen, anders zu handeln. Seine praktische Einheitsfrontpolitik kommt daher mit seiner „Theorie“ in Widerspruch und fast immer gerät der Zentrismus daher bei dem Versuch der Anwendung der Einheitsfronttaktik auf das ausgeführte Geleise der Rechten, der prinzipienlosen Blockpolitik. So war es 1926 in England, 1926/27 in China, 1925/28 in Rußland und vom Ekki-brief 1925 bis zum Weddinger Parteitag (1929) sehr häufig auch in Deutschland.

5. Einheitsfront a la Urbahms.

Urbahms schlägt vor, den Kurs auf ein antifaschistisches Gegenparlament im Falle der Koalition des Zentrums mit den Faschisten einzuschlagen. Das ist nicht mehr proletarische, revolutionäre Einheitsfront, sondern der linksrepublikanische Volksblock auf parlamentarischer Grundlage. Es ist klar, daß durch einen solchen Kurs die revolutionäre Einheitsfronttaktik diskreditiert wird.

„Beide Fronten müssen zu einer Front werden.“

Es ist klar, daß eine solche Linie zu einer Weimarer, nicht aber zu einer Leninischen Einheitsfront führt.

7. Die revolutionäre Einheitsfront.

„Die revolutionäre Einheitsfront des Proletariats bedeutet den Zusammenschluß revolutionärer und nicht revolutionärer Arbeiterorganisationen zu einem Kampfbündnis zur Erhaltung und Verteidigung der Arbeiterbewegung Deutschlands in allen ihren Teilen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen des Klassenkampfes in Deutschland bedeutet die revolutionäre Einheitsfront das Kampfbündnis der KPD, der revolutionären Gewerkschaftsorganisationen (Industrieverbände und rote Gewerkschaften), Sportverbände, Freidenker usw. mit der SPD, den freien Gewerkschaften, Sportorganisationen, Freidenkern usw.“

Die Basis dieses Kampfbündnisses muß sein:

a) Gemeinsamer Kampf gegen den Faschismus, für die Auflösung der faschistischen Mordorganisationen (SA, SS, Stahlhelm), für eine gemeinsame, proletarische Wehrorganisation auf überparteilicher Grundlage: für die völlige proletarische Koalitions-, Demonstrations- und Pressefreiheit; für die Aufhebung aller Verbote proletarischer Organisationen.

b) Für die Aufhebung der Notverordnungen, gegen jeden Lohnabbau, für die Vorbereitung des politischen Massenstreiks, gegen die Diktaturregierung und ihren diktatorischen Lohnabbau.

c) Für die Kontrolle der Betriebe durch die Arbeiterschaft, für die Kontrolle der Produktion und für die Ausmerzung der faschistischen Zellen aus den Betrieben.

Organisatorisch kann dieses Kampfbündnis keine andere Form annehmen, als die des gemeinsamen Kampfausschusses der verbündeten proletarischen Organisationen, wobei der Schwerpunkt in den Betrieben, und zwar bei den Betriebsräten, liegen muß.

Provinzabonnenten

des „Mahnruf“, die das Abonnement für den „Mahnruf“ noch nicht eingesendet haben, mögen sofort das Geld für das 2. Vierteljahr 1932 mittels Erlagschein einsenden, wir brauchen jeden Groschen dringend.

Spendet Preßfond! Bei Gen. Konrad, „Mahnruksassier“, und Gen. Koch, „Finanz“.

Die revolutionäre Einheitsfront und ihre Fälscher

1. Wie die SPD die Einheitsfront versteht.

Blättert man die sozialdemokratische Presse durch, hört man die sozialdemokratischen Referenten, so findet man auf den ersten Blick, daß die SPD-Führer die Einheitsfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten im Kampf gegen den Faschismus nicht wollen. „Mögen die Kommunisten ihre Hetze gegen uns aufgeben“... das ist das immerwiederkehrende Leitmotiv der sozialdemokratischen Führer. Unter Hetze aber verstehen die SPD-Führer die Kritik an ihrer Tolerierungspolitik, an ihrer reaktionären Preußenpolitik. Es ist klar, würden die Kommunisten jemals um der Einheitsfront willen auf ihre Kritik, auf ihre völlige politische Unabhängigkeit verzichten, dann wäre dies keine Einheitsfront, sondern die Kapitulation vor dem Reformismus.